

## Der Kampf um die Schulhäuser.

In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses des Abgeordnetenhauses, der auch der Unterrichtsminister v. Cwinski und Hofrat v. Schädlebauer aus dem Unterrichtsministerium bewohnten, kam Glöckel auf den unerhörten Zustand zu sprechen, daß noch immer Schulgebäude für militärische Zwecke mißbraucht werden. Die Verwilderung junger Menschen schreie unaufhörlich fort, die physische, geistige und sittliche Verwahrlosung der Jugend müsse die schwersten Sorgen hervorrufen. Bereits auch in den ersten Wochen des Krieges Unterrichtsanstalten für militärische Zwecke herangezogen werden mußten, so dürfte das nur eine provisorische Maßregel sein. Es wäre die wichtigste Pflicht der Unterrichtsverwaltung gewesen, mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß die Schulgebäude ihrem eigentlichen Zwecke so bald als möglich zugeführt werden. Ueber drei Jahre dauert der Krieg und aus der provisorischen in eine bleibende Maßregel geworden. Man suchte sich gerade die neuesten Gebäude für Kanzlei- und Spitalzwecke aus, nach kostspieligen Adaptierungen, wo man hätte sie überhaupt nicht mehr daran denken, die Kinder in die Schulgebäude hineinzulassen. Niemand kümmerte sich um den Schutz des Gebäudes. Und wenn man heute diese „Reserveospitäler“ ansieht, so trifft man sie in einem Zustand völliger Verwahrlosung an. Es kamen Fälle vor, daß Fensterrahmen herausgebrochen und zum Heizen verwendet wurden. Es ist eine Pflichtverletzung der Regierung, insbesondere des Unterrichtsministeriums, daß Hunderte von Schulen — in Wien allein 256 — ihrem Zwecke entzogen sind, daß Tausende von Kindern der erhöhten Gefahr der Verwahrlosung ausgesetzt werden. Es gibt dafür keinen Entschuldigungsgrund. Während der drei Kriegsjahre konnten genügend viele Baracken, zweckentsprechend eingerichtet, erbaut werden. Das Unterrichtsministerium kann nicht Unkenntnis der Sachlage vorschützen, wenn auch dies schon eine arge Anklage wäre. Gleich nach Zusammentritt des Hauses richteten die Sozialdemokraten eine Interpellation an den Unterrichtsminister, in der sie ihn aufforderten, sofort gegen diese Mißstände einzuschreiten, damit nicht abermals ein wertvolles Schuljahr verloren gehe. Bis zum heutigen Tage blieb die Interpellation unbeantwortet. Wir sind nicht in der Lage, über ein solches Vorgehen mit Stillschweigen hinwegzugehen. Hinter dieser Interpellation steht nicht nur eine große Partei, es sind auch Hunderttausende von Eltern an der Beantwortung lebhaft interessiert. Wohl sollen zu Beginn dieses Schuljahres in

12. IX. 1914 189

Wien 94 Schulen „freigegeben“ worden sein. Wir fragen den Minister, ob es wahr ist, daß sich der Bürgermeister Weiskirchner mit dieser Abschlagszahlung ausdrücklich begnügt hat; wir fragen, wie viele Schulen außerhalb Wiens noch immer für militärische Zwecke verwendet werden; wir fragen, warum selbst die „freigegebenen“ Schulen heute noch immer nicht dem Betrieb übergeben werden konnten, weil der Auftrag so spät hinausging. Die Regierung wird über diese Fragen nicht mit vornehmer Pässigkeit hinweggehen können, die im Unterrichtsministerium seit jeher geübte passive Resistenz muß endlich einmal aufhören.

Abgeordneter Glöckel führte nun eine Reihe von Tatsachen vor und besprach zunächst die Zustände in Stockerau, wo in dem neuen Schulgebäude die reichen ungarischen Bürgerkinder als Frequentanten der Kavallerie-Einjährig-Freiwilligen-Schule untergebracht wurden; in der Stadt Leibnitz bei Graz, wo gegenwärtig überhaupt keine Schule den Kindern zur Verfügung steht; in Wien, Koppstraße, wo entgegen dem Auftrag des Kriegsministers noch immer das ganze Gebäude von einem Spital beansprucht wird. Er verweist dann auf die Interpellation Bretschneider, in der die in der gestrigen Arbeiter-Zeitung geschilderten Zustände in Traisen dem Minister zur Kenntnis gebracht wurden. Es ist unglaublich, daß sich niemand magt, dem Gewaltmenschen Lenz entgegenzutreten und den Ort von der Schande zu befreien, daß die Schule als ein verrufenes Haus bezeichnet wird. Ganz besonders bedenklich ist aber der Umstand, daß die einzige k. k. Lehrerinnenbildungsanstalt in Wien seit Kriegsbeginn aus ihrem Gebäude hinausgetrieben wurde. In dem Hause der Lehrerinnenbildungsanstalt ist das Reservehospital Nr. 2 untergebracht. 120 bis 300 Betten sind dort belegt. Teure Adaptierungen wurden vorgenommen und folgende Maßnahmen waren notwendig:

Vier Übungsschulklassen und vier Jahrgänge wurden im Juvivamädchenpensionat in der Josefstadt eingemietet. Dadurch wurde auch eine zweite Anstalt in ihrem Unterrichtsbetrieb gestört. Der Kindergärtnerinnen- und Handarbeitslehrerinnenkurs wurde in die Volksschule Johannesgasse verlegt; die Folge davon ist, daß zwanzigjährige Mädchen in Bänken, die für zehnjährige Kinder bestimmt sind, Schnittzeichnen lernen sollen! Die Bürgerschulübungsschule kam in die Segelgasse Nr. 12. Diese Kinder haben täglich von 2 bis 6 Uhr nachmittags Unterricht. Der Musterkindergarten wurde gar in einem früheren Spielwarenmagazin am Stephansplatz eingemietet. Kalte Räume, ohne Sonne, Licht und Luft sollen dazu dienen, den heranzubildenden Kindergärtnerinnen einen Begriff davon zu geben, wie ein Kindergarten aussehen soll. Die leiblichen Bedürfnisse müssen von den Kindern hinter einem Verschlag, der durch einen Vorhang abgetrennt ist, befriedigt werden. Die im Gebäude der Lehrerinnenbildungsanstalt untergebrachte Staatsgewerbeschule wurde nach Favoriten verlegt. Daraus kann man ersehen, was für Störungen diese einzige Beschlagnahme im Unterrichtsbetrieb hervorgerufen hat. Das alles sieht die Unterrichtsbehörde nicht, trotzdem es wahrhaftig nicht schwer wäre, diese Mißstände zu entdecken. Wo sind die Schuldigen? Haben die Landes- und Schulinspektoren ihre Pflicht nicht erfüllt? Besitzen sie nicht das notwendige Verständnis, haben sie nicht die Gewissenhaftigkeit oder mangelt es ihnen an Mut? Wir wollen es nicht glauben, daß der Umstand, daß eine Erzherzogin in diesem Reservehospital dann und wann als Pflegerin erscheint, allein ausreichend sein kann, um nicht endlich das Gebäude der Lehrerinnenbildungsanstalt seiner Bestimmung zuzuführen. Wenn man bedenkt, daß ohnedies die Lehramtszöglinge schon aus dem zweiten Jahrgang ins Feld geschickt werden, daß die Lehrerinnenbildung dadurch an Wichtigkeit noch zunimmt, ist es unbegreiflich, daß sich die Unterrichtsverwaltung in diesen Fragen völlig passiv verhält. Wir Sozialdemokraten sind entschlossen, in dem Kampf um die Schulen mit aller Energie und wenn es sein muß, auch rücksichtslos vorzugehen. Wir verlangen, daß die Regierung sofort die Räumung aller Schulen verfügt und daß sie in kürzester Zeit die Interpellationen beantwortet oder im Parlament selbst die notwendigen Aufklärungen gibt.

Der Unterrichtsminister stellte die Antwort für eine der nächsten Sitzungen in Aussicht, er werde dann alle nötigen Daten bringen.